



Völkensblatt

Amtliches Publikationsorgan ■ 121. Jahrgang, Nr. 212

VERBUND/SÜDOSTSCHWEIZ

Redaktion: Im Völk, Feldkirch, SAAS-FELDKIRCH, Telefon (075) 237 51 60, Fax Redaktion/Verbund (075) 237 51 66, E-Mail-Adresse: vlv@vloba.li, vlv@vloba.li, Internet-Adresse: http://www.vlv.li/vlv/vlv.html

DAS WETTER BEI UNS

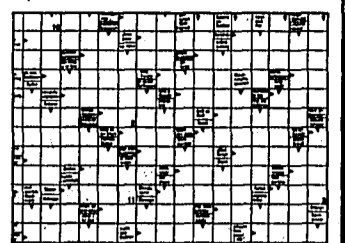
Aufhellungen
und einzelne
Regenschauer
max. 20°
min. 14°

Heute

Ziemlich
sonnig
max. 23°
min. 15°

Morgen

SMA-
METEO Schweiz
Weitere Wetterinfos - Letzte Seite



WOCHENENDRÄTSEL

VOLKSBLATT- Wettbewerb

Unsere Leserinnen und Leser können jeden Samstag einen Warengutschein im Wert von 100.- Fr. gewinnen. Seite 30

SAMSTAG

Weiteres Vorgehen in Sachen Verfassung

VADUZ: Wie geht es weiter in der Verfassungsdiskussion? Die Verfassungskommission und der Landesfürst werden sich am 24. September erneut zu Gesprächen treffen. Dann werden die Vorschläge zu den restlichen Artikeln besprochen. Bei der letzten Gesprächsrunde wurde zudem vereinbart, die divergierenden Vorschläge zur Art und Weise, wie zukünftig der Staatsgerichtshof und die VBI gesetzt werden sollen, diesen Institutionen zur Stellungnahme zu unterbreiten. Seite 3

Wirtschaftsinformatik-Professoren-Tagung

VADUZ: Vom 12. bis 14. September 1999 fand an der Fachhochschule Liechtenstein die Jahrestagung des Arbeitskreises Wirtschaftsinformatik (AKWI) statt. Der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Fachhochschule Liechtenstein ist im AKWI als Vollmitglied vertreten. Anwesend waren 27 Professoren von Fachhochschulen aus Österreich, Deutschlands, der Schweiz und Liechtenstein. Seite 6

«Grenzmeile» eröffnet

SCHAANWALD: Gestern Abend wurde die Ausstellung «Grenzmeile - Meilensteine der Geschichte» an der Grenze Tisis-Schaanwald eröffnet. Die Ausstellung, die bis zum 15. Oktober zu sehen ist, wird getragen vom Kulturreferat der Stadt Feldkirch und dem Kulturreferat der Regierung Liechtensteins. Seite 9

Ullrich neuer Leader



RAD: Abraham Olano hat an der Spanien-Rundfahrt in der zweiten der insgesamt drei Pyrenäen-Etappen sein goldenes Leadertrikot an den Deutschen Jan Ullrich (Bild) abgeben müssen. Der spanische Gesamtsieger des Vorjahres hatte schon am zweiten Pass des Tages den Kontakt zu seinen Gegnern verloren. Etappensieger in Arcalis in Andorra wurde der Spanier Igor Gonzales Galdeano, der im Gesamtklassement auf Platz 2 rückte, nur 36 Sekunden hinter dem neuen Leader Ullrich zurück. Dritter der Gesamtwertung ist der Russe Pawel Tonkow mit 28 Sekunden Rückstand. Seite 22

«Im Ton vergriffen»

Schreiben des Amtes für Telekommunikation unter Kritik



Johannes Matt: Das Amt für Telekommunikation ging mit seinem Schreiben zu weit.

(Bild: Brigitt Risch)

Mit seiner Androhung von Sanktionsmassnahmen, falls alternative Wege in der internationalen Telefonie benutzt würden, hat das Amt für Kommunikation übers Ziel hinausgeschossen. Regierungschef Mario Frick gestand im letzten Landtag den Lapsus ein und bestätigte zudem, dass die Mängel im Bereich der internationalen Telefonie noch nicht beseitigt werden konnten.

Manfred Öhri

Mit Schreiben vom 19. Juli 1999 hat das Amt für Kommunikation verschiedene Wirtschaftsverbände in Liechtenstein auf die Rechtslage unter dem Telekommunikationsgesetz aus dem Jahre 1996 hingewiesen, sich dabei allerdings «im Ton vergriffen», wie der FBPL-Abgeordnete Johannes Matt feststellte. So werde mit Sanktionsmassnahmen gedroht, obwohl seines Wissens das Gesetz für den Benutzer keine Sanktionen vorsehe.

Kunden nicht betroffen

Es sei zutreffend, bestätigte Regierungschef Mario Frick, dass die Einrichtung alternativer Wege in

der internationalen Telefonie keine gesetzlichen (Sanktions-)Massnahmen für den Benutzer in Liechtenstein nach sich ziehe. Das Telekommunikationsgesetz sehe jedoch vor, dass eine konzessionslose Erbringung von Diensten bestimmte Rechtsfolgen auslösen könne. Diese Konsequenzen würden jedoch einzig und allein den Anbieter solcher Dienste, nicht aber den Kunden bzw. Konsumenten treffen. Die Regierung verstehe das Schreiben des Amtes für Kommunikation in diesem Sinne, beschwichtigte Mario Frick. Weiter wollte er sich nicht zum Inhalt äussern. Nach dem Telekommunikationsgesetz sei das Amt als Regulierungsbehörde von der Regierung weisungsunabhängig.

Mängel nicht beseitigt

Johannes Matt kritisierte zudem, dass aus verschiedenen Ländern über Wochen hinweg keine Telefonverbindungen nach Liechtenstein hergestellt werden konnten. Und die Missstände seien noch immer nicht behoben. Wie sensibel Kunden darauf reagieren würden, bedürfe wohl keiner näheren Umschreibung. Der Regierungschef gestand ein, dass die Mängel im Bereich der internationalen Telefonie «noch nicht zur Gänze beseitigt werden konnten». Ebenso zutreffend sei, dass die Erreichbarkeit un-

ter der neuen Landeskennzahl +423 noch nicht von allen Destinationen aus sichergestellt sei. Mario Frick dazu: «Der Umstellungsprozess hat sich als sehr viel schwieriger erwiesen, als dies vorhergesehen werden konnte. Es bedarf nach wie vor grosser Anstrengung, um das Bewusstsein der ausländischen Unternehmen auf die neue Situation hinzuweisen. Im Augenblick befindet sich ein Aktionsplan in Ausarbeitung, dessen Vollzug dem Amt für Kommunikation unter Mitarbeit der LTN Liechtenstein TeleNet AG übertragen werden wird.»

Entspannung in Sicht

Nach der zu erwartenden Konsolidierung des Grundversorgungsdienstes im Bereich der internationalen Telefonie per 1. Oktober 1999 sei, so versprach der Regierungschef, mit einer «spürbaren Entspannung der Lage» zu rechnen. Dafür verantwortlich seien verschiedene Eckpfeiler der Neuordnung nach dem 1. Oktober 1999 mit ihren Vorteilen für die Benutzer in Liechtenstein. Diese Massnahmen sollten zu einer Beruhigung der Situation beitragen. Im Übrigen werde sich das Amt für Kommunikation noch im Laufe dieses Monats mit den Wirtschaftsverbänden in Verbindung setzen. Weitere Gespräche auch mit dem Ressort Finanzen seien geplant.

Bund macht Kantone Beine

Schutz der Auengebiete muss durchgesetzt werden

BERN: Der Bund macht den Kantonen beim Auenschutz Beine. Bis 2002 müssen sie dafür sorgen, dass ein Grossteil der Auengebiete unter Schutz gestellt wird. Mit einer Erhöhung des Subventionssatzes schafft der Bund finanzielle Anreize.

Die Auenverordnung ist seit 1992 in Kraft. In vielen Kantonen hapert es allerdings mit der Umsetzung. Von den 169 Auen von nationaler Bedeutung verfügen nur 55 Prozent über einen Schutz, der für die Grundbesitzer verbindlich ist. Bei nur 29 Prozent der Auen erfüllt die-

ser Schutz die Vorgaben der Verordnung.

Viele Kantone hätten die Frist von sechs Jahren für die Umsetzung der Auenschutzverordnung ungenutzt verstreichen lassen, stellte Willy Geiger, der Vizedirektor des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft (Buwal), am Freitag an einer Medienkonferenz in Bern fest. Die Aufgabe des Auenschutzes sei unterschätzt worden.

Noch immer verhinderten vielerorts wirtschaftliche Nutzungen wie Kiesabbau, Kraftwerke und Tourismus einen effektiven Auenschutz.

In den letzten 200 Jahren sind laut Geiger 90 Prozent der Schweizer Auen ganz verschwunden. Übrig geblieben sind 110 Quadratkilometer. Dies entspricht 0,26 Prozent der Landesfläche.

Das Buwal hat sich zum Ziel gesetzt, dass bis ins Jahr 2002 90 Prozent der Auenfläche verbindlich geschützt sind. Weiter wird von den Kantonen erwartet, dass sie die bestehenden Nutzungskonflikte regeln und Revitalisierungs- sowie Aufwertungsprogramme starten. Die Geschwindigkeit der Programme soll verdoppelt werden.

KOMMENTAR

Verkehrte Welt bei der Debatte zum Raumplanungsgesetz: Heftige Kritik von Seiten der VU - grösstenteils Zustimmung der FBPL. So überraschend diese verkehrte Welt sein mag, so verständlich wird die ablehnende Haltung der VU, wenn man die Umstände genauer unter die Lupe nimmt. Wahlkampfaktive Spielereien dürften den Ausschlag für dieses kuriose Verhalten der VU gegeben haben.

Verkehrte Welt

Zur Erklärung: Die VU-Fraktion liess kein gutes Haar an der Vorlage ihres Regierungschefs. Deshalb beantragte VU-Fraktionssprecher Peter Sprenger, eine Kommission ins Leben zu rufen. Die FBPL sprach sich gegen diese Kommission aus, da sie die Vorlage mehrheitlich begrüsst und der Regierung zutraute, die notwendigen Verbesserungen in Eigenregie anzubringen. Auch der Regierungschef tat unmissverständlich kund, dass er eine Kommission ablehne. Während der 1. Lesung wurde deutlich, dass die Meinungen zwischen Regierung und Parlament zu dieser Vorlage gar nicht so verschieden waren. Nur die drei VU-Vorsteher glaubten, eliche Mängel in der Vorlage entdeckt zu haben. Die anschließende Abstimmung zur Kommissionsbildung fiel dann mit 13 zu 12 Stimmen nicht überraschend aus. Die VU setzte mit ihrer Mehrheit ihren Willen durch. Muss dies nicht als klares Misstrauensvotum der VU gegen die eigene Regierung gewertet werden?

Die Taktik der VU ist durchschaubar. Ein Raumplanungsgesetz beinhaltet immer unpopuläre Entscheidungen. Deshalb verfolgte die VU das Ziel, dieses Gesetz zu verzögern, um die Bevölkerung erst nach den Wahlen mit diesen unpopulären Entscheidungen zu konfrontieren. Wird hier etwa Parteipolitik auf dem Rücken des Landes gemacht?

Dem Regierungschef ist positiv anzuzurechnen, dass er dieses Spiel nicht mitmachte und sich klar für eine rasche Behandlung dieses wichtigen Gesetzes aussprach. Denn der Regierungschef hat die Folgen dieses Spieles erkannt: Es ist anzunehmen, dass die nun bestellte Kommission nach den Wahlen wieder eine neue Zusammensetzung erfährt. Dies verzögert dieses Gesetz nochmals um Jahre. Das heisst: Vor dem Jahre 2003 dürfte wegen der VU-Parteipolitik mit keinem neuen Raumplanungsgesetz zu rechnen sein, obwohl unser Land heute schon eine geeignete Raumplanung dringend brauchen würde.

Dieses parteipolitische Spiel gipfelte im Vorschlag von Peter Sprenger, die Mehrheit in der Kommission den Oppositionsparteien zu überlassen. 2 VU, 2 FBPL, 1 FL - war sein Vorschlag. Dies nach dem Prinzip: Bei unbeliebten Gesetzen überlassen wir der Opposition den Vorrang. Doch dies liessen die Oppositionsparteien nicht zu. 3 VU, 1 FBPL und 1 FL ist nun die Zusammensetzung. Das heisst: Die VU ist für die Verzögerung dieses Gesetzes verantwortlich und muss zudem nun die schwere Bürde tragen, ein gutes Gesetz besser zu machen. Dies hätte die Regierung in viel schnellerer Zeit auch gekonnt. Alexander Balliner

REKLAME

Weltreisen
von 1-5
Monaten
www.expo2000.li/personal